



# liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte  
ausgabe september 2011

**Herausgeber, V.i.S.d.P**

Dr. Maren Jasper-Winter  
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
liberalcentral@fdp-mitte.de

**Distribution**

700 Stück digital  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
augustin@liberal-central.de

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia Bandow,  
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,  
Philipp Ehmann, Armin Grabs,  
Dr. Nikoline Hansen, Dr. Maren  
Jasper-Winter, Katja v. Maur,  
Peter Pawlowski, Henner Schmidt,  
Dr. Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Sven Hilgers, Nadja Konersmann,  
Daniela Langer, Julia Streit, Tom  
Reinhold

**Leserbriefe**

---

**FDP Berlin-Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)  
[www.fdp-hackescher-markt.de](http://www.fdp-hackescher-markt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen  
geben die Meinung ihres Autors  
wieder, nicht die der Redaktion.

# liberal central

ausgabe september 2011



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,  
in wenigen Tagen werden die Berlinerinnen und Berliner zur Wahl  
für das Abgeordnetenhaus und für die Bezirksverordnetenver-  
sammlungen schreiten. Wie bei jeder Wahl ist es die Messlatte  
unseres BV Mitte, mit dem hier auf die FDP entfallenden Stimmen-  
anteil den Landesdurchschnitt zu überstreifen. Messlatte für unse-  
ren Landesverband insgesamt ist es in einem widrigen Umfeld, die  
Politik der Liberalen im Abgeordnetenhaus von Berlin zu erhalten.  
Das Erreichen - oder das Nichterreichen - dieses Ziels wird in den  
kommenden fünf Jahren unser aller täglich Brot sein. Es lohnt sich  
für eine jede und einen jeden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen,  
damit möglichst viele unserer Freunde, Kollegen und Bekannten  
am 18. September zur Wahl gehen und ihre Stimme den Listen der  
einzigsten freiheitlichen und liberalen Partei geben.

Erfreulich auch für unseren Wahlkampf ist die überzeugende  
Positionierung der Bundespartei in der aktuellen Debatte um die  
historischen Weichenstellungen bei der Gestaltung des weiteren  
Weges der europäischen Integration. Nicht nur findet der von Phi-  
lip Rösler repräsentierte Kurs die richtige Balance und Verbindung  
zwischen den Prinzipien einer freiheitlich-liberalen Ordnung und  
dem Tempo der immer engeren Union der Nationen Europas, er  
wird auch mit wünschenswert professionellem Geschick umgesetzt.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Der Staatshaushalt muß ausgeglichen  
sein. Die öffentlichen Schulden müssen  
verringert werden. Die Arroganz der  
Behörden muß gemäßigt und kontrol-  
liert werden. Die Zahlungen an auslän-  
dische Regierungen müssen reduziert  
werden, wenn der Staat nicht bankrott  
gehen will.

Marcus Tullius Cicero

# Die liberale Stimme darf in den kommenden fünf Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus nicht fehlen

von Maren Jasper-Winter

Am 18. sind die Berlinerinnen und Berliner aufgerufen, für die kommenden fünf Jahre ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus von Berlin und in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte zu wählen. Die Umstände wollen es, dass unsere liberale Partei darum kämpfen muss, überhaupt im AGH vertreten zu sein und im Bezirk Mitte Fraktionsstärke zu erlangen. Beides sind Ziele, die im Endspurt jede Anstrengung wert sind.



Ein Erfolg der FDP wäre vor allem deshalb für die Bürger in Berlin so wichtig, weil die liberale Stimme im Abgeordnetenhaus bei den politischen Weichenstellungen in der Stadt nicht fehlen darf. Dies gilt es unseren Freunden, Bekannten und Nachbarn deutlich zu machen, wenn wir ihnen den letzten Anstoß geben, zur Wahl zu gehen und das Kreuz bei der FDP zu machen.

Mir selbst liegen bessere KiTas und Schulen und der Schutz der Bürgerrechte besonders am Herzen. Vor kurzem wurden die Erstklässler feierlich eingeschult. Rund 4.500 Kinder starten dabei ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Das ist für die Kinder eine Katastrophe und Ausdruck eines vom Senat verschlafenen Problems: Unzureichende frühkindliche Bildung.

Deshalb setze ich mich zusammen mit der FDP für einen Sprachstandtest aller Kinder mit drei Jahren ein. Bei Sprachdefiziten sollen die Kinder in verbindlichen vorschulischen „Startklassen“ in den KiTas Sprachförderung erhalten. Bildungstests zeigen, dass Berlin im Bundesländervergleich auf dem letzten Platz liegt. Wir brauchen bessere Bildung. Das werden wir nicht erreichen, indem Schulformen wie Sekundarschulen und Gymnasien oder staatliche und private Träger gegeneinander ausgespielt werden – so wie es die rot-rote und grüne Politik immer wieder vormacht.

Wir müssen den Schulen mehr Freiheit geben. Schulen müssen über ein eigenes Budget und Personalhoheit verfügen. Denn gerade in „Problemkiezen“ ist es wichtig, dass Schulen Lehrerinnen und Lehrer einstellen können, die gerne diese Herausforderung annehmen wollen. Sie sollen die Wahl haben – auch bei der Grundschule für Ihr Kind. Deshalb fordere ich die Abschaffung der Schuleinzugsgebiete. Ich setzte mich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Wir haben zwar in Berlin zahlenmäßig ausreichende KiTa-Plätze, jedoch nicht immer in den Kiezen, in denen sie benötigt werden. Zudem passen die Öffnungszeiten vieler KiTas noch nicht zu den üblichen Arbeitszeiten. Wir brauchen flexiblere Öffnungszeiten für die KiTas.

Die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen soll ausgeweitet werden. Bürgerentscheide auf Bezirksebene müssen endlich verbindlich werden. Außerdem setzt sich die FDP für eine Änderung des Berliner Wahlrechts ein. Wie in Hamburg und Baden-Württemberg sollen statt starrer Parteilisten künftig die Wähler entscheiden können, wer ins Abgeordnetenhaus einzieht („Kumulieren und Panaschieren“). Bürgerrechte sollen effektiv geschützt werden. Statt „gefühlter“ Sicherheit durch Videoüberwachung sollen mehr Sicherheitskräfte auf U-Bahnhöfen und Polizisten an öffentlichen Plätzen präsent sein. Denn die Videokamera kann Ihre Daten nur ungefiltert aufzeichnen, aber im Ernstfall nicht eingreifen.

Für diese und andere liberale Anliegen haben wir uns in den vergangenen Wochen im Wahlkampf engagiert eingesetzt. Stellvertretend für alle möchte ich unserem Wahlkampfleiter Volker Imhoff, unsere Wahlkampfassistentin Julia Streit, unsere Spitzenkandidaten Henner Schmidt für das AGH und Peter Pawłowski für die BVV nennen, und natürlich die unermüdlichen JuLis mit dem Vorsitzenden Armin Grabs und Wahlkampfkoordinator Daniel Keye.

In diesem Geist wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Endspurt. Ermutigen Sie auch am Wahltag selbst noch die Menschen in ihrem Umfeld, zur Wahl zu gehen und drei Kreuze bei der FDP zu machen.

**Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte**

# Das drohende Betreuungschaos

von Sven Hilgers

Wenn die Erstsemester der Berliner Hochschulen Anfang Oktober gemächlich und erwartungsvoll in die Vorlesungen schreiten, dann erwartet einige von ihnen ein gemischtes Bild. Überfüllte Hörsäle, überforderte Lehrende und überlastete Verwaltungsmitarbeiter prägen leider immer häufiger das Bild der Berliner Hochschullandschaft. Nicht erst seit der Abschaffung der Wehrpflicht und den doppelten Abiturjahrgänge müssen die Berliner Studierenden Treppen und Heizungen als Sitzplätze nutzen, um der Vorlesung zu folgen.



Dabei machen es auch Unterfinanzierung und Gängelung durch den Rot-Roten Senat sowie fehlerhafte Anreizsetzung es den Hochschulen immer schwieriger die besten Lehr- und Lernbedingungen bereitzustellen. Durch die Berliner Hochschulgesetzesnovelle, dieser Ausgeburt sozialdemokratischer Unbildungspolitik, hat sich die Lage zusätzlich verschlechtert. Im kommenden Semester müssen alle Lehraufträge besoldet werden. Was zunächst gut klingen mag, wirkt sich im hochschulpolitischen Alltag verheerend aus. Da die Hochschulen schlachtweg nicht die finanziellen Mittel haben, um alle Lehraufträge zu besolden, wird nun entweder das Lehrdeputat einiger wissenschaftlicher Mitarbeiter erhöht oder ganze Lehrveranstaltungen fallen weg. Die bereits erschienen, Vorlesungsverzeichnisse weisen in einigen Fächer mehr Lücken als Seminare auf.

Geholfen ist damit keinem; die Lehrplanungen müssen Überstunden schieben, um irgendwie doch noch ein akzeptables Lehrangebot zu schaffen, den Studierenden entgehen spannende Seminare und den vermeintlich ausgebeuteten Nachwuchswissenschaftlern wird die Möglichkeit genommen Lehrerfahrung zu sammeln. Die Versuche der Schwarz-Gelben Bundesregierung, dem Betreuungschaos durch den Qualitätspakt Lehre zu entgegnen werden dadurch konterkariert.

Dabei reicht es nicht allein, den Hochschulen insgesamt mehr Geld zu geben, vielmehr müssen die Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die Hochschulleitungen selbst entscheiden können, mit welchen Mitteln sie beste Lehr- und Lernbedingungen bereitstellen.

Berlin braucht endlich ein Hochschulfreiheitsgesetz, damit die Berliner Hochschulen strukturell und finanziell in die Lage versetzt werden, den Herausforderungen einer sich wandelnden Wissenschaftslandschaft gerecht zu werden. Um dem Betreuungschaos entschieden entgegen zu wirken, muss darin die Lehrverpflichtungsverordnung abgeschafft werden. So können Lehrende und Forschende je nach individuellen Stärken entscheiden, wie das Lehrdeputat gestaltet wird. Zielvereinbarungen zwischen Präsidium und Lehrendem wirken sich disziplinierender aus als eine ohnehin kaum eingehaltene Lehrverpflichtungsverordnung des Senates. Auch das Kapazitätsrecht muss verändert werden. Derzeit wird das Studienplatzangebot nach den starren Vorgaben der Kapazitätsverordnung festgelegt. Jedes zusätzliche Lehrangebot beziehungsweise jeder zusätzliche Lehrende bedeutet für die Hochschulen, dass sie auch zusätzliche Studierende aufnehmen müssen. Eine Verbesserung der Betreuungsrelation und der Studienbedingungen ist so nur stark eingeschränkt möglich. Insbesondere die sogenannten Überbuchungen im Rahmen der doppelten Abiturjahrgänge, also die zusätzliche Aufstockung der Kapazitäten machen die Misere deutlich. Die FDP möchte diesem Umstand kurzfristig mit der Kapazitätsneutralität von Drittmitteln entgegentreten. Zukünftig soll also Lehre, die durch Drittmittel finanziert wird, beispielsweise im Rahmen von Stiftungsprofessuren, nicht zur Aufstockung der Kapazität führen, sondern tatsächlich die Qualität in der Lehre verbessern. Längerfristig muss aber die Ablösung der Kapazitätsforderung durch das wettbewerbsorientierte und flexiblere „Geld folgt Studierenden“-Modell erfolgen.

Der Rot-Rote Senat hat es in den vergangenen zehn Jahren nicht geschafft die Lehr- und Lernbedingungen zu verbessern. Bildungssenator Zöllner hat das riesige Potential der Berliner Wissenschaftslandschaft nicht zu nutzen gewusst, er sollte die Entscheidungen lieber den Hochschulen selbst überlassen.

Sven Hilgers, Stellv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen, sowie Direkt- und Listenkandidat der FDP Berlin

# Individuelle Freiheit und soziale Verantwortung

von Daniela Langer

In den neusten Wahlumfragen hat die FDP Berlin aufgeholt. Sie liegt zwischen drei und fünf Prozent. Ich persönlich halte die fünf Prozent für realistisch. Zugegeben: Damit ist der Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus noch nicht gesichert. Aber er ist ein gutes Stück näher gekommen. Die fünf Prozent zeigen, dass unsere Wahlkampagne Wirkung zeigt. Wir als FDP setzen auf die richtigen Themen und können den Bürgerinnen und Bürgern Stück für Stück das Vertrauen in die liberale Politik zurückgeben.



Die FDP Berlin steht für Chancengerechtigkeit, genauso wie für individuelle Freiheit und soziale Verantwortung. Für uns Liberale ist bürgerschaftliches Engagement, Mitbestimmung und das Streben nach wirtschaftlichem Aufschwung eine Selbstverständlichkeit. Doch in Berlin wird der Einklang der individuellen Freiheit und der sozialen Verantwortung ausgehöhlt. Im Zentrum von Pankow wird der Anbau von Balkonen versagt, Grund dafür soll die Milieuschutzverordnung sein. Ein Investor, der in die riesige brachliegende Fläche des ehemaligen Rangierbahnhofs in Pankow Millionen investieren möchte, wird kritisch beäugt. Anstatt ihm die Tür zu öffnen, müsste erst einmal alles geprüft und viel nachgedacht werden. Der Unternehmergeist, den wir in Pankow brauchen, wird ignoriert.

Die Parkraumbewirtschaftung wird eingeführt, um dem Bezirk Mehreinnahmen zu bescheren. Dass dies unseren Unternehmen schadet und Anwohnern wie Besuchern das Geld aus der Tasche gezogen wird, scheint nicht von Belang zu sein. Interessant ist hier die Gewichtung: 90 Ordnungshüter sind für die Überwachung eingelöster Parkscheine zuständig, aber nur 9 für Kontrollen im Lebensmittelbereich. Es ist den Verantwortlichen also zehn mal wichtiger, dass Geld in die Kassen kommt, als dass Restaurants und Kneipen auf ihre Sauberkeit hin überprüft werden.

Nicht immer mehr Einnahmequellen sichern die Handlungsfreiheit der Stadt. Eine solide Haushaltsführung sichert die Handlungsfreiheit der Stadt und die der zukünftigen Generationen. Das sagt schon das Sprichwort: „reich wird man nicht durch das, was man einnimmt, sondern durch das, was man nicht ausgibt“.

Wir Berliner brauchen nicht für jedes Problem ein neues Gesetz und eine neue Verordnung. Der Gemeinschaftssinn und die Verantwortung für ein gutes Miteinander reichen meist aus. Erst Vielfalt und Freiheit ermöglichen es einer Gesellschaft, die Potenziale auszuschöpfen. Staat und Kommune müssen ihre Kernaufgaben wahrnehmen: Sie müssen dafür sorgen, dass unsere Schulen gut ausgestattet sind und die Bürgerämter dieses Bezirks zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger arbeiten. Sie dürfen legale Unternehmen nicht zwischen gut und böse unterscheiden oder gar bestimmen, ob es gut ist, wenn jemand einen Balkon an sein Haus baut. Deshalb braucht Berlin die FDP. Für Bürgernähe, für Marktwirtschaft und für hohe Standortattraktivität. Für eine schlanke Verwaltung und für eine solide Haushaltsführung.

Doch es geht in Berlin nicht nur um Wirtschaftspolitik. Die Stadt steht vor riesigen sozialen Problemen: Die Armut nimmt zu und das Bildungsniveau sinkt. Mehr Geld hilft dabei nicht. Die Effizienz und die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel muss gesteigert werden. Und die Menschen müssen mehr Verantwortung füreinander übernehmen. Der Staat kann nicht jeder alten Dame die Einkäufe nach Hause tragen, der junge Mensch kann dies für seine Nachbarin tun. Fast jede Nacht werden Autos angezündet. Falsches Verständnis für jeglichen linken Aktivismus gepaart mit der radikalen Meinungs- und Lebensstilintoleranz gegenüber Nicht-Links-Denkenden bilden seit Jahren den Nährboden für diese Taten. Grüne und Rote müssen politisch einen Teil der Verantwortung für die brennenden Autos und Wahlplakate übernehmen. Für uns als Liberale hört die persönliche Freiheit dort auf, wo das Eigentum und die Unversehrtheit des anderen beginnt. Wir entscheiden uns im Zweifel immer für individuelle Freiheit und leben gleichzeitig die soziale Verantwortung.

**Daniela Langer ist Vorsitzende des BV Pankow**

Zum Thema

## Verantwortlichkeit und eine Kultur der Zusammenarbeit

von Nadja Konersmann



Seit einigen Monaten bin ich für die Deutsche Börse AG in Brüssel tätig – und erlebe dort ein dominierendes Thema und eine dominierende Stimmung. Das Vertrauen der Anleger in die Märkte und deren Effizienz ist nachhaltig erschüttert und die Enttäuschung über die bisherigen politischen Maßnahmen groß. Es herrscht das allgemeine Gefühl, dass ein Rettungspaket nach dem nächsten geschnürt und zur Verfügung gestellt wird und ebenso schnell wieder verpufft. Über Lösungen für eine gänzlich überarbeitete gesamteuropäische Economic Governance will sich die Europäische Union nun bis Jahresende in einem beachtlichen Marathon einigen. Auf das Ergebnis dürfen wir gespannt sein.

Inhaltlich wird es aus liberaler Sicht wichtig sein, dass sich sämtliche Verhandlungspartner ihrer Verantwortung bewusst auf Maßnahmen einigen, die einerseits übermäßig verschuldeten Mitgliedstaaten mit einem nachhaltigen Finanzierungs- und Entschuldungsweg helfen, die andererseits den finanziellen Geberländern keine untragbaren oder von weiten Teilen der Bevölkerung als illegitim empfundenen Nachteile entstehen lassen. Und vor allem muss die künftige Ordnung, die wir jetzt gestalten, eine gute und nachhaltig funktionsfähige sein. Insbesondere muss die Ermächtigung, öffentliches Geld auszugeben, stets und überall mit der Verantwortung für die Finanzierung zusammenfallen.

Regulierung der Finanzmärkte, ein weiteres Thema der kommenden Monate, darf nur in dem Maß geschehen, dass keine Abwanderung von wirtschaftlicher Aktivität und Arbeitsplätzen auf nicht-europäische Märkte erzeugt wird. So verbietet es sich etwa von selbst, eine Steuer auf Finanztransaktionen isoliert in Europa oder gar nur in einem Teil der EU-Mitgliedstaaten einzuführen.

Freie Märkte brauchen, ebenso wie freie Gesellschaften und ein freies Europa, eine Ordnung der Verantwortlichkeit und eine Kultur der Zusammenarbeit, damit sie erfolgreich funktionieren können. Hierauf sollten wir unser Augenmerk legen.

Nadja Konersmann (OV Hackescher Markt)

Zum Thema

## Ein hartes Wahljahr - Zeit zu zeigen, wofür wir stehen

von Julia Streit



Mal ehrlich, warum tun wir uns das eigentlich an? Jede Woche gibt es noch schlechtere Umfragewerte. In Mitte, falsch gehängte oder fehlende Plakate, die wieder umgehängt werden müssen. Dazu kommt, dass es bei den schlechten Voraussetzungen besonders schwer ist, überhaupt die Mitglieder zu motivieren. Und das hat weniger mit dem schlechten Wetter zu tun ... Es gibt genügend Gründe, warum wir die 5-Prozent-Hürde dieses Jahr vielleicht nicht schaffen werden.

Warum also tun wir uns diesen Wahlkampf überhaupt noch an? Die Antwort ist erstaunlich einfach. Hoffnung. Wir alle hoffen, eine neue Runde „Rot-Rot“ und fast noch schlimmer „Grün-Schwarz“ zu verhindern.

So wie sich die FDP ihrem Neuanfang stellt, müssen sich auch alle Berliner einer ungemütlichen Wahrheit stellen: Berlin ist Schlusslicht in der Bildung und ohne erkennbares Konzept zur Gegensteuerung. Berlin ist die Stadt mit den meisten Sozialtransfer-Empfängern. Gerade junge Menschen mit Integrationshintergrund haben es noch zu schwer, gut ausgebildet den Sprung in die Arbeitswelt zu schaffen. Geld fehlt einfach an allen Enden. Und trotzdem muss weiter gespart und Bürokratie abgebaut werden. Trotz seiner Vielfalt und seinem Ansehen scheint unser schönes Berlin still zu stehen.

Diese Themen müssen wieder diskutiert und – noch wichtiger – angegangen werden.

Der Wahlkampf gibt uns die seltene Gelegenheit, den Berlinern andere Seiten der FDP zu zeigen – wofür wir stehen und uns einsetzen. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht einfach verstreichen lassen!

Dieses Jahr wird wohl nicht in die Geschichte der erfolgreichsten Wahljahre der FDP eingehen, aber vergebete Zeit war es auf keinen Fall. Egal wie es ausgehen mag, ich freue mich schon auf die Wahlparty am 18.09. – mit Euch!

Julia Streit ist Beisitzerin im Vorstand des OV Tiergarten und für den BV Mitte als Wahlkampfassistentin zur Berlinwahl 2011 tätig

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Berlin macht man nicht mit Links, sondern mit Verstand!

von Christoph Meyer



In den entscheidenden Themen der Stadt - Arbeit, Bildung, Wirtschaft und Sicherheit – hinterlässt der rot-rote Senat keine Lösungen, sondern lauter Baustellen. Zuverlässig hält Berlin die rote Laterne in den Bereichen Bildungserfolg, Arbeitslosigkeit und Schulden! Nirgends brennen so viele Autos wie in Berlin. Der rot-rote Senat hat versagt.

Wir haben das Kontrastprogramm für Berlin: Die sozialistische Nivellierung des Bildungsniveaus unserer Kinder nach unten muss ein Ende haben! Eine bessere Bildungsqualität kann Berlin nicht durch die Abschaffung der Gymnasien und durch immer mehr Gleichmacherei erreichen. Alle Menschen sind verschieden, und deswegen brauchen wir eine Bildungspolitik, die auch unterschiedliche Leistungen, unterschiedliche Konzepte und unterschiedliche Geschwindigkeiten zulässt. Deswegen sind wir für die eigenverantwortliche Schule und Wahlfreiheit, weil vor Ort die Lehrer und Eltern am besten wissen, was besser werden muss. Wir wollen den Kampf gegen freie Schulen und Gymnasien endlich beenden!

Berlin fehlt es an privaten Unternehmen genauso wie an privatem Kapital, um dauerhaft stärker zu wachsen als der Bundestrend. Alle außer der FDP träumen von einer Plan- und Staatswirtschaft. Diesem Traum erteilen wir eine klare Absage. Aufgabe des Staates ist es nicht, neue Wirtschaftsfelder herbeizurufen oder auf dem Reißbrett zu bestimmen, wo Arbeit entsteht. Der Senat muss Wachstumschancen für Berliner Unternehmen aus den bestehenden Stärken unserer Stadt konsequent weiterentwickeln. 100.000 Arbeitsplätze entstehen nicht aus heißer Luft. Nur Unternehmer mit funktionierenden Geschäftsmodellen, die sich aus eigener Kraft tragen, bringen Berlin voran. Wir brauchen keine ideologiegeladenen Dauersubventionsbetriebe auf Kosten aller Steuerzahler! Rot-Rot darf in keiner Konstellation in die Verlängerung gehen. Berlin macht man nicht mit Links, sondern mit Verstand!

Christoph Meyer MdA (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) ist Vorsitzender der FDP Berlin und der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie Spitzenkandidat der Liberalen zur Berlinwahl 2011

Aus der Landespartei

## Inhalt und Funktion

von Tim Stuchtey



Der Wahlkampf geht in seine heißeste Phase und es gilt, die vielen unentschlossenen Berliner davon zu überzeugen, dass die Landespolitik eine starke FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus braucht. Mir ist bewusst, dass uns der Wind ins Gesicht weht, aber rationalen Argumenten können sich viele Menschen nicht entziehen. Da sind zunächst die Inhalte für die wir stehen, aber auch die Funktion, die wir in einem neuen Abgeordnetenhaus ausüben. Die Inhalte kann man ablehnen oder gut finden, aber wenn man mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft Staatsdirigismus und Bevormundung vorzieht. Wenn man ausgehend vom Status quo lieber mehr persönliche Freiheit als noch mehr Gleichheit und Sicherheit wünscht, dann gibt es im Berliner Parteispektrum nur eine Partei, die diese Inhalte vertritt: die FDP.

Egal, ob es darum geht, die Drangsalierung der Autofahrer zu stoppen oder einen besseren Service durch mehr Wettbewerb im öffentlichen Nahverkehr umzusetzen, nicht die CDU und schon gar nicht die linken Parteien werden dies versuchen. Egal, ob es darum geht, die Schulen zu ertüchtigen, unsere Kinder so zu bilden, dass sie zumindest wieder den Durchschnittsleistungserfolg ihrer Altersgenossen aus anderen Bundesländern erreichen oder darum, Eltern und Schülern echte Freiheit zu geben, Schulen in freier Trägerschaft zu besuchen. Nicht die Grünen gehen da ran und schon gar nicht, die Regierungsparteien SPD und Linke, die für den Zustand unseres Bildungssystems verantwortlich sind. Egal, ob es darum geht, Berliner Unternehmen zu helfen, am Standort zu wachsen oder in der Welt für neue Investitionen zu werben und eine Willkommenskultur nicht nur für Besucher sondern auch für jene zu schaffen, die bleiben und investieren wollen. Das schaffen nicht der Bürgermeister mit seiner SPD und kaum die Berliner CDU.

Wer sich mit „arm, aber sexy“ nicht zufrieden gibt, der kommt an der FDP und ihren inhaltlichen Angeboten nicht vorbei! Wer ein weiter-so verhindern will und die Koalition von SPD und Linken beenden will, der muss für eine starke FDP im Abgeordnetenhaus sorgen. Diese Botschaft müssen wir den Bürgern verdeutlichen.

Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer im Landesvorstand der FDP Berlin

Aus der BVV-Fraktion

## Konsequent gegen die Brandstifter der Gesellschaft

von Peter Pawlowski, Vorsitzender der Fraktion

Ein ebenso bedauerlicher wie notwendiger Teil dieses Wahlkampfes ist es, dass wir darüber sprechen müssen, wie wir in Berlin mit den Brandstiftern unserer Gesellschaft umgehen. Mit diesem Begriff können wir in Berlin leider nicht nur jene meinen, die mit extremistischen Worten das Klima vergiften. Schon seit langem, aber zuletzt in stetig steigendem Ausmaß erleben wir, dass auch ganz real Feuer gelegt wird am Eigentum der Bürger unserer Stadt.

Die jüngste Nachricht über die Festnahme von zwei Brandstiftern hat bei uns keineswegs für Erleichterung gesorgt. Es steht fest, dass etliche Täter nach wie vor unbestraft davon gekommen sind. Zwar ist zu begrüßen, dass die Polizei verstärkt nach den Brandlegern sucht. Jeder, der festgenommen wird, muss aber auch konsequent und (in dem vorgesehnen gesetzlichen Rahmen) hart bestraft werden.

Man kann nur hoffen, dass die Täter nicht auf die „Gutmenschrichter“ geraten, die aus Sorge um die Zukunft der Täter nur milde Strafen aussprechen, sondern mit Richtern wie Kirsten Heisig zu tun haben werden. Diese wusste, wozu das Laissez-faire im Umgang mit Straftätern führt, nämlich zu weiteren Straftaten.

Das harte Bestrafen ist jedoch nur ein Teil des Problems. Es ist zwar erfreulich, dass mittlerweile sogar die Parteien aus dem linken politischen Spektrum das Anzünden von Autos verurteilen. Doch das reicht beim Weiten nicht aus und wirkt wie Heuchelei. Viele Jahrzehnte lang galten Straftaten gegen das private Eigentum, die meistens von den linksextremistischen Tätern verübt wurden, vielerorts als Kavaliersdelikte.

Dass sich hinter diesen Taten eine menschenverachtende Motivation verbirgt, wurde lange Zeit übersehen. Schlimmer noch, die Täter konnten den Eindruck gewinnen, sie seien moralisch entschuldigt. Schließlich handle es sich um das Hab und Gut der „reichen Ausbeuter“.

Geflissentlich hat man darüber hinweg gesehen, dass es sich bei den verbrannten Autos, beschmierten Hausfassaden und zerschlagenen Fenstern um Früchte harter Arbeit der betroffenen Menschen handelt.

Daher ist die Missachtung des Privateigentums viel mehr als eine Entgleisung der „jungen Wilden“ zu betrachten, sondern als ein Indiz für eine leistungsfeindliche Kultur des Neides. In der Hauptstadt eines Landes, das immer noch zu den wichtigsten Wirtschaftsmächten der Welt gehört- ist das ein besorgnisregender Zustand. Daher sind wir der Meinung, dass neben allen präventiven und restriktiven Maßnahmen, ein gesellschaftliches Umdenken in Hinblick auf Leistung und Privateigentum stattfinden muss. Dieser Prozess muss gleichermaßen von der Politik, den Medien und den Schulen forciert werden. Findet dieses Umdenken das nicht statt, werden wir eines Tages nicht nur die verbrannten Autos, sondern auch die verbrannten Menschen, die sie fahren beklagen müssen.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

OV Gendarmenmarkt

## Es geht um Berlin

von Katja v. Maur, Redakteurin des OV

Unermüdlich und mit vollem Einsatz (wahl-)kämpfen Kandidaten und Aktive des OV Gendarmenmarkt. Außer beruflichen Pflichtaktivitäten bestimmen Plakatieren, Plakatkontrolle, unzählige Diskussionsforen, interne und externe Veranstaltungen, Wahlkampfstände an ganz unterschiedlichen Ecken mit ganz unterschiedlicher Resonanz sowie Flyer und Kandidatenbrief, mit denen Wählerinnen und Wähler überzeugt werden wollen, noch bis Sonntag den Alltag. Die Rahmenbedingungen sind schwierig. Umso wichtiger, dass Stammtisch und Mitgliederversammlung wie gewohnt stattfanden und Gelegenheit boten, sich auszutauschen und über die brennenden Berliner Themen hinaus die Wahlergebnisse in Mecklenburg Vorpommern zu analysieren und Lösungen aus der Eurokrise ohne Denkverbote zu diskutieren. Denn die Folgen der Krise haben nun einmal unmittelbaren Einfluss auf das Leben und die Zukunft jedes einzelnen Berliners und jeder einzelnen Berlinerin. Nur die FDP setzt sich für mehr Transparenz und Mitbestimmung der Bürger ein und konterkariert die schlechende Diktatur der Absprachen, sei es in Europa, sei es in AGH und BVV.

OV Hackescher Markt

## Medien, Steuern, Wahlkampf

von Anno Blissenbach, Redakteur des OV

Zu den Themen „Das Bild der FDP in den Medien“ und „Liberale Steuerpolitik“ hatte der OV im August Antje Sirleschtov, Leiterin der Parlamentsredaktion des „Tagesspiegel“ und September Dr. Volker Wissing, MdB, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im DBT, zu Gast. Die detaillierten Darlegungen Frau Sirleschtovs offenbarten ungeschminkt, welch krasse Zerrbilder seitens der Medien gezeichnet werden, welche eine Nähe zu politischen Farben unserer Mitbewerber aufweisen. Zwar dementierte sie, dass diese gezielt die FDP waidwund zu schiessen versuchen, doch nicht nur mit Blick auf ihren Rösler-Verriss vom Folgetag konnte dies den Verfasser dieser Zeilen nicht überzeugen.

Dass unser OV-Gebiet die höchste Galerien-Dichte Deutschlands aufweist, das inspirierte Schatzmeister Burkhard Grell für den Ortsverband eine sommerliche Galerien-Tour zu organisieren. Die Bandbreite reichte vom Avantgarde-Kommerz „Sprüth-Magers“ über die „Berlin-Galerie“, in der Rüdiger Küttner hoch engagiert die Dresdner Schule vertritt, bis zu den Kuriosen der tourismusaffinen Privatsammlung „me“.

Einen Tag nach dem FDP-Absturz auf 2,7 % in Mecklenburg-Vorpommern, sagte Dr. Volker Wissing zur Medien-Frage, es sei bei allem bedauern über unfaire Medienberichterstattung (e.g. ARD-„Presseclub“ mit dem Titel „Abgesang auf die FDP“, zu dem ausschliesslich „FDP-Fresser“ geladen waren) doch zielführender, einfach weiter gute Arbeit für Deutschland zu leisten. In interessanten Stunden mit fachlichem Tiefgang und lebhafter, fundierter Diskussion führte er eine lange Liste konkreter Punkte erfolgreicher FDP-Regierungsarbeit auf, ohne die Deutschland heute nicht als Nr. 1 in der EU dastünde – von 24 Mrd. Steuer-Entlastung 2010 über Eurobond-Verhinderung bis zur Gestaltung von Verordnungen und Erlassen, die sich unmittelbar in Wachstum niederschlagen. Zwar verließ das RTL-Fernsehen die Veranstaltung typischer Weise in dem Moment, als Dr. Wissing über Inhalte zu sprechen begann, doch tat dies einem höchst gelungenen Abend keinen Abbruch.

Im Übrigen ist das aktuelle Verbandsleben vom Wahlkampf bestimmt – sechs gut gelaunte und gut besetzte Info-Stände veranstaltet der OV Hackescher Markt, hatte dabei (neben ARD, MDR und einen Undercover-Reporter des „TIP“) u.a. Christoph Meyer MdA, Markus Löning, Patrick Meinhardt MdB, Mieke Senftleben, Henner Schmidt MdA und vorbildlich häufig Maren Jasper-Winter zu Gast.

OV Tiergarten

## Wahlkampf auf Hochtouren

von Nikoline Hansen, Redakteurin des OV

Am 20. August startete die FDP Tiergarten mit geballter Kraft in die heiße Phase des Wahlkampfs. Auf dem Kirchstraßenfest war sie – unterstützt von anderen Mitgliedern des Bezirksverbands, allen voran Maren Jasper – gut sichtbar vor Ort präsent. Peter Pawlowski stellte sich mit den anderen in der BVV vertretenen Parteien auf Podiumsdiskussionen dem interessierten Publikum. Höhepunkt war eine Diskussionsveranstaltung mit Staatssekretär Jan Mücke, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Henner Schmidt, MdA, die Erich Schmid moderierte. Es ging um die Erwartungen an eine künftige Berliner Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungs politik. Fazit: Eigentümer müssen das Recht haben, über den Umfang der Sanierung von Häusern und Wohnungen selbst zu bestimmen. Mietobergrenzen und die Verhinderung von aufwertenden Sanierungen lehnt die FDP ab. Mücke stellte die Programme der Regierung vor, die über steuerliche Anreize Modernisierungsmaßnahmen zum Klimaschutz an Mietwohn gebäuden fördern.

JuLis Mitte

## Wahlkampfendspurt!

von Armin Grabs, Vorsitzender

Die heiße Wahlkampfphase ist eröffnet und die Jungen Liberalen Berlin Mitte sind mitten drin! Fast täglich führen wir eine eigene Wahlkampfaction durch und beteiligen uns rege am Projekt „30 Tage für Berlin“ des jungliberalen Landesverbandes. Unterstützt von Jimmy Schulz MdB befragten wir Anfang August die Berlinerinnen und Berliner zu ihren Erwartungen an den neuen Senat und erhielten einhundert Antworten u.a. mit Wünschen nach einem besseren ÖPNV und einer sinnvollen Bildungspolitik. Wir protestierten ebenso für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und gegen ein Alkoholverbot auf dem Alexanderplatz sowie die unsinnige Regelung zur Sonntagsöffnung im Hauptbahnhof. Wöchentlich verteilen wir montags Flyer, Gummibärchen und Schlüsselbänder vor einer Schule im Bezirk Mitte und versorgen mittwochs ab 6:00 Uhr die Pendler am Bahnhof Friedrichstraße mit Kaffee und liberalem Informationsmaterial. Über Unterstützung jeglicher Art sind wir immer dankbar und freuen uns auf einen erfolgreichen Wahlkampfendspurt!

## Personalien

(au) Vielköpfigen Besuches durfte sich das ganz auf den Wahlkampf ausgerichtete Sommerfest des BV Mitte erfreuen. Nachdem unsere Bezirksverbandsvorsitzende **Maren Jasper-Winter** (OT), selbst engagierte Kandidatin auf Listenplatz 2 in Mitte für das AGH, die sommerfestlichen Ansprachen von FDP-Generalsekretär **Christian Lindner** MdB sowie des Landesverbandsvorsitzenden und AGH-Fraktionschefs **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf) und unseres AGH-Spitzenkandidaten in Mitte **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) moderiert hatte, bat sie zum lecker bestückten Grill, der vor dem „Habel Weinkultur“ errichtet war. In dessen Nähe und auf der Tanzfläche trafen sich über viele vergnügliche Stunden bis weit nach Mitternacht nicht nur die weitgehend vollständige Funktionsträgerschaft – erwähnt seien die Ortsverbandsvorsitzenden **Bärbel Freudenberg-Pilster** (Gendarmenmarkt), **Nils Augustin** (Hackescher Markt), **Ralf Breitgoff** (Oranienburger Tor), **Kurt Lehner** (Tiergarten) und **Volker Imhoff** (Wedding) – unseres BV Mitte, sondern auch zahlreiche aktive und neue Mitglieder sowie umdassend Prominenz aus unserem Landesverband, darunter auch die Bundestagsabgeordneten **Martin Lindner** MdB (Steglitz-Zehlendorf) und **Lars Lindemann** MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf).

(bli) Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, **Rainer Brüderle**, hatte es sich nicht nehmen lassen, den Wahlkampf beim „Wirtschaftspolitischen Schoppen“ zu unterstützen. Eingeladen von unserem BV Mitte und dem BV Pankow hatten sich Berliner Mittelständler im „Pfefferberg“ versammelt, um sich mit den liberalen AGH- und BVV-Kandidaten bei Häppchen und Wein auszutauschen. Die Parteifreundin **Daniela Langer**, Vorsitzende des BV Pankow, führte charmant durch das Programm, bei dem zunächst die beiden AGH-Spitzenkandidaten der einladenden Bezirksverbände, **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) aus unserem BV Mitte und **Christoph Dietrich** vom BV Pankow, ihre landespolitische Sicht der Dinge darlegten, bevor „Mr. Mittelstand“ Rainer Brüderle sich bundes- und EU-politischen Dingen widmete. Von den permanent auf Videowand eingespielten AGH- und BVV-Kandidaten aus Mitte und Pankow waren fast alle zugegen, so z.B. aus Mitte AGH-3 Kandidatin **Agnes Ciuperca** (Hackescher Markt), Neben zahlreicher Prominenz aus der Landespartei, wie z.B. dem Vorsitzenden der Landespartei und der AGH-Fraktion, **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf), aus dem Landesvorstand **Tim Stuchtey** (Tiergarten) und **Martin Dickopp** (Pankow) waren aus unserem Bezirksvorstand Mitte neben der

bereits als Kandidatin erwähnten Agnes Ciuperca die stellv. Bezirksvorsitzende **Bärbel Freudenberg-Pilster** (Gendarmenmarkt), Bezirksverbandschutzmeister **Erich Schmid** (Tiergarten), **Ralf Breitgoff** (OT) und unser Wahlkampfleiter **Volker Imhoff** (Wedding) zugegen. Sichtlich erfreut war Rainer Brüderle, Gründungsvater des „Liberaler Mittelstandes“, dass von dessen am Folgetag in Berlin tagenden Bundesvorstand **Anno Blissenbach** (Hackescher Markt), **Nora Jordan-Weinberg** (Baden-Württemberg), **Thomas Kemmerich** MdL (Thüringen), **Matthias Still** (Hamburg), **Jan Syré** (Brandenburg) und Geschäftsführer **Friedo Terfort** (Niedersachsen) gekommen waren, um den mittelständischen Gästen die liberale Sicht der Dinge näher zu bringen.



(au) Info-Stände zur Wahlkampfzeit sind ein vorzüglicher Ort für originelle Erlebnisse. So konnte unser Abgeordneter und AGH-Spitzenkandidat **Henner Schmidt** MdA etwa konnte an einem Wahlkampfstand seines OV Gendarmenmarkt erleben, wie ein von der Partei der Freiheit begeisterter türkischstämmiger Gemüsehändler den liberalen Wahlkämpfern spontan gelbe Bananen schenkte oder im Wedding gemeinsam mit dem dortigen Ortsverbandsvorsitzenden und unserem Bezirksverbands-Wahlkampfleiter **Volker Imhoff** mit freudiger Überraschung das große Interesse vollverschleierte Damen an dem Wahlprogramm der FDP zur Kenntnis nehmen. Etwas skurriler ein Erlebnis an einem Wahlkampfstand des OV Hackescher Markt, als ein Passant den Wahlkämpfern dort zuwarf, er würde die FDP nicht wählen, weil er deren Spitzenkandidatin nicht ausstehen könne, diese Renate Sowieso. Nachdem der OV-Vorsitzende **Nils Augustin** und der ebenfalls an dem Stand befindliche Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung **Markus Löning** ihm die Personalie erläutert hatten, meinte er, den **Christoph Meyer** habe er im Fernsehen gesehen und finde ihn gut. Er verließ den Stand sodann mit der Ankündigung, nunmehr am 18.09. die FDP zu wählen.

# In der Staatsschulden-Krise ist es richtig, Optionen offen zu halten

von Tom Reinhold



Ich habe mich sehr über die Aussagen des Parteivorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers Philipp Rösler zur Griechenland-Krise gefreut. Weniger aus parteitaktischen Gründen, sondern vor allem wegen ihrer sachlichen Angemessenheit und, wenn man so möchte, aus „europa-taktischen“ Gründen.

Die Europäische Union und die europäische Währungsunion sind große Errungenschaften, von denen alle Europäer, aber gerade auch die Deutschen besonders profitieren. Sie tragen wesentlich dazu bei, Frieden und wachsenden Wohlstand in Europa zu sichern, und dabei sollte es bleiben.

Bei einer solidarischen Partnerschaft von Staaten mit einer gemeinsamen Währung sind ausreichende Anreize wichtig, dass sich leistungsschwächere Volkswirtschaften nicht ausschließlich auf die Unterstützung anderer Staaten verlassen, sondern alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, an der Bewältigung einer Wirtschaftskrise mitzuwirken. Wenn ein Staat dies nicht zu leisten bereit ist, muss es Sanktionsmöglichkeiten geben – fehlen diese, erhöht dies nur den Anreiz zu wirtschaftspolitischem Fehlverhalten zu Lasten der anderen Mitglieder der Union, was am Ende die ganze Union in eine existentielle Krise führen würde. Es ist deshalb gerade die OPTION, dass ein Staat auch insolvent gehen kann oder aus einer Währungsunion ausscheidet, die die Wahrscheinlichkeit VERRINGERT, dass dies auch tatsächlich passieren muss. Und deshalb müssen wir diese Option erhalten.

Und im Übrigen sei bemerkt, dass auch der Fall einer Insolvenz Griechenlands oder ein Austritt aus der Währungsunion nicht etwa das Ende der EU bedeuten würde. Es gibt genug Länder in der EU, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, ohne dass dies die EU in Frage stellen würde.

Tom Reinhold (OV Gendarmenmarkt)



## Termine

### September 2011

- 18.09. Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung Mitte
- 20.09. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** – im Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal
- 25.09. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** – Ablenkungsmanöver Israelhass: Nahostkonflikt, Arabeilion und die Region im Lichte aktueller Entwicklungen – mit Michael Spaney, Mideast Freedom Forum Berlin – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.09. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 29.09. 19.30 h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – Info [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)

### Oktober 2011

- 04.10. 10.30 h JuLis Mitte: **Mitgliederversammlung** – im Café Re (Märkisches Ufer)
- 10.10. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** – im Gewölbe des „Simon“ (Auguststr. 53)
- 11.10. 19.30 h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 14.10. 19.30 h OV Tiergarten: **Offene Vorstandssitzung** – Info [www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)
- 26.10. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 30.10. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

## Kandidaten der FDP Mitte zur Wahl am 18. September 2011

### **Liberale Liste für das Abgeordnetenhaus von Berlin**

1. Henner Schmidt MdA
2. Dr. Maren Jasper-Winter
3. Agnes Ciuperca
4. Dr. Bettina von Seyfried
5. David Issmer
6. Sven Hilgers
7. Hartmut Bade
8. Peter Pawlowski

### **Liberale Liste für die Bezirksverordnetenversammlung im Bezirk Mitte**

1. Peter Pawlowski
2. Hartmut Bade
3. Peter Lundowski
4. Alexander Platonov
5. Matthias Hildebrandt
6. Erich Schmid
7. Anno Blissenbach

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de). Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).